



Wer nicht schreit, wird vergessen! Genug gebettelt - wir fordern!, so lautete die Parole der Studentendemonstration am 28. März 1990 vor dem Dresdner Rathaus (siehe auch Bild unten links).

Fotos: duj/Eckold (5), Hojer

Erreichtes

Nachstehend ein paar Resultate der Tätigkeit des Studentenrates:

1. Aufbau einer arbeitsfähigen Studentenvertretung
2. Vernetzung nationaler und internationaler Kontakte
3. Die im „Dresdner Universitätsjournal“ bereits vorgestellten Ergebnisse zum künftigen Studium, die ihren Niederschlag in den neuen Studienplänen finden
4. Zusatz zum Vertrag zwischen den Hochschulen Dresdens und der Freien und Hansestadt Hamburg
5. Die auf dieser Seite abgedruckte Vereinbarung mit dem Prorektor für Bildung zur Wohnheimproblematik
6. Einrichtung eines Hauses der Jugend
7. die Resultate des Studentenkongresses in Karl-Marx-Stadt.

Vereinbarung

zwischen dem Prorektor für Bildung und dem Studentenrat der Technischen Universität Dresden über die Nutzung der Wohnheime:

- Für alle Studenten und Forschungsstudenten der TU Dresden bis zum Jahrgang 1989 wird für die Dauer der Regelstudienzeit auf der Grundlage der Heimzuweisung die Unterbringung im Wohnheim gesichert.
- Für die Zeit des Ingenieurpraktikums, der Sommerpause und der Diplomphase können in Abstimmung mit dem Wohnheimrat gesonderte Regelungen erlassen werden.
- Die Wohnheimordnung der TU Dresden vom 18. 1. 84 bildet mit entsprechender Modifikation bis zur Neufassung einer Wohnheimordnung die Grundlage der Arbeit. § 3 der Wohnheimordnung ist aufgehoben. Die bisherigen Rechte und Pflichten der FDJ-Wohnheimkomitees übernimmt der Wohnheimrat.

Sprecherrat

Die AG Struktur des Studentenkongresses regte die Bildung eines Landessprecherrates für die DDR an.

Dazu folgende Grundsätze:

- jede Uni/HS/FS stellt einen Sprecher und dessen Stellvertreter als Mitglieder
- Mitglieder müssen Studenten sein
- zukünftige Landesstruktur erfordert 6 zusätzliche Sprecher der Länder (5 Länder + Berlin), die mit beratender Stimme an den Treffen des Landessprecherrates der DDR teilnehmen
- Aufgaben der Landessprecher:
 - Vertretung der Studenten gegenüber dem Ministerium
 - Organisation zentraler Aktionen (Umfragen, Boykotts, Streiks usw.)
 - Öffentlichkeitsarbeit
 - potentielle Sprecher künftiger Landesstrukturen.
- der Landessprecherrat tritt mindestens aller zwei Monate zusammen
- der Vorsitz wird für die jeweils folgende Tagung festgelegt (Vorschlag: große Uni/Hochschulen)
- konkrete Verteilung der Sachgebiete auf die einzelnen Sprecher

Weitere Ergebnisse sind auf dem StuKo in Dresden zu erwarten!

Infoblatt des TU-Studentenrates

Was wir wollen: Studieren ohne Existenzängste

Aufbauend auf den Satzungen der Studentenräte versteht sich der StuRa der TU als koordinatives, informelles Gremium, das den Clinch mit der staatlichen Leitung führt. Dabei haben sich im Laufe der Zeit die Schwerpunkte verändert. Ging es am Anfang um die Installation einer demokratischen Vertretung der Studenten an sich, so zeichnet sich jetzt eine deutliche Verlagerung der Arbeitshin zur sozialen Komponente des studentischen Alltags ab. Unverständlich bleibt das Desinteresse einer breiten Masse von Studenten, die sich zwar vertreten läßt, aber damit ist dann die Messe auch schon gelesen. Die Unfähigkeit, die wahrliche Unmöglichkeit, die kommen-

den Ereignisse und Wirkungen komplex zu beherrschen, machen eine starke Studentenvertretung unbedingt notwendig, um ein Umkippen in ein soziales Gefüge zu vermeiden.

Die Arbeitsgebiete verteilen sich auf verschiedene Arbeitsgruppen, die die sachlichen Ziele formulieren und untermauern. Konkrete Ziele decken sich mit den Aussagen, die der Studentenkongreß in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) veröffentlichte.

Globales Ziel des StuRa der TU ist kurz gesagt: ein Studium, das es ermöglicht, zu studieren, ohne seine Existenz dabei zu gefährden.

Licht ins Dunkel der Gerüchte

Der Studentenrat der TU Dresden arbeitet seit drei Monaten kontinuierlich im Zusammenwirken und im Widerstreit mit der staatlichen Leitung der Uni. Jede Sektion entsendet ihren Vertreter zu den montags stattfindenden Sessions, allerdings gibt es Sektionen, die die Möglichkeit ihrer Teilnahme nicht regelmäßig ausschöpfen. Es geht hier nicht um bloße Präsenz à la FDJ (Mielke hat sie selig), sondern um die nackte Tatsache, daß Entscheidungen und verbindliche Regelungen vorbereitet und durchgesetzt werden müssen. Dieses Informationsblatt soll in erster Linie endlich Licht in das Dunkel der Gerüchte bringen. Bisher war die Informationsverteilung ein technisches Problem. Wir hoffen nun, künftig kontinuierlich aussagen zu können.

Die Crew der Pressestelle (HA 6039) George-Bähr-Str. 1 c, BVK 47

1. Studentenkongreß der DDR

Delegierte aus Universitäten, Hoch- und Fachschulen trafen sich vom 16. bis 18. März 1990 in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) zum 1. Studentenkongreß der DDR. Ziele der Aktion waren, die Tätigkeit zu koordinieren, einen Republiksprecherrat zu bilden, die Arbeitsweise mit dem Ministerium auszuloten sowie die inhaltliche Tätigkeit der Arbeitsgruppen (Ergebnisse siehe unten) festzulegen. Die zentrale Frage der rechtlichen Anerkennung der Studentenräte per Gesetz stand im Mittelpunkt. Sie muß auch auf dem Nachfolgekongreß in Dresden (20. bis 22. 4. 90) Schwerpunkt

Nr. 1 sein, zu dem Prominenz der Bildungsbranche erwartet wird. Es fiel die Entscheidung, ein zentrales Informationsbüro in Leipzig aufzubauen, das in Zukunft die Vernetzung der UHF ermöglichen soll.

Wie es weitergeht

Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) war der Anfang. Die Vertreter unserer Uni führen mit dem Vorschlag dorthin, den Nachfolgekongreß im April an der TU Dresden unter der Leitung aller Dresdner Hochschulen, der Universität

und der Fachschulen stattfinden zu lassen. Als Termin wurden der 20. bis 22. 4. vereinbart. Hierbei wird die Studentenschaft offiziell mit Vertretern des Ministeriums zur Vorbereitung des neuen Hochschulrahmengesetzes konferieren. Wir erwarten den neuen Minister für Bildung und den Chef der deutsch-deutschen Rektorenkonferenz. Ziel ist, die in Chemnitz und Dresden erarbeiteten Forderungen und Vorstellungen in das neue Hochschulrahmengesetz einzubringen. Damit verbunden sind selbstverständlich eine Überprüfung der Tragfähigkeit künftiger Arbeitsweise mit der Regierung und ihre effektive Organisation.

Klarheit schaffen

Presseerklärung der Studentenräte Dresdens

Im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Wahlen zur Volkskammer und damit verbundenen Äußerungen über die weitere Entwicklung der DDR, insbesondere der künftigen Hochschulgesetzgebung, sehen sich die Dresdner Studentenräte veranlaßt, folgende Erklärung abzugeben:

Bei einer Übernahme bundesdeutscher Richtlinien zur Gestaltung des sozialen Status der Studenten (Folge von Artikel 23) droht den Hoch- und Fachschulen sowie Universitäten der DDR der soziale Kollaps. Was wird mit

- Wohnheimen?
- Stipendien?
- Absolventen?

- dem Mitbestimmungsrecht der Studenten?

Bereits jetzt zeichnet sich durch die Erhöhung der Immatrikulationszahlen eine Überfüllung der Universitäten samt Mensen und Wohnheimen ab.

Schluß damit!

Wir wollen endlich Klarheit!

Deshalb findet vom 20. bis 22. April 1990 der Kongreß der Studentenräte der DDR in Dresden statt.

Es gilt, ein Zeichen zu setzen. Herr Minister, wir erwarten Sie!

Die Dresdner Studentenräte

Dresden, 23. 3. 1990

Termine

StuRa der TU täglich (außer freitags) von 8-11 Uhr zu erreichen.

- Der Studentenrat der TU Dresden berät sich montags ab 19.30 Uhr im Bereich Verbrennungsmotoren und Kraftfahrzeuge, Zi. 36 (George-Bähr-Str. 1c).
- Die Org.-Leitung des Kongresses im April ist in der Pressestelle des

- Der Studentenrat unterhält einen Schaukasten an der „Klagemauer“ (Nähe Beyerbau) mit den neuesten Informationen.

Neu: Kontaktbüro!

Über den StuRa der Karl-Marx-Universität Leipzig wird ein

Zentrales Informationsbüro

aufgebaut:

PSF 920, Leipzig 7010
Telefon 71 92 26 1/2/3

Dieses Kontaktbüro hat zur Aufgabe, die Aktivitäten zu koordinieren und wird durch alle Universitäten, Hoch- und Fachschulen finanziell getragen.

Genug gebettelt - wir fordern!

AG Soziales:

- Sicherung der Wohnheimplätze für die Dauer der Regelstudienzeit
- Schaffung von mehr Wohnraum für Studenten
- Erhaltung und Sicherung bereits vorhandener Wohnheimplätze
- Wohnheime als Wohn- und nicht als Gesellschaftsbauten
- Freigabe schwervermietbarer Wohnungen an Studenten
- Vergabe der Wohnheimplätze durch die jeweiligen Sektionen unter Mitsprache der Studentenvertretungen
- Recht auf Unterbringung am Studienort
- Mietpreis als Bestandteil des Existenzminimums und somit Teil des Stipendiums
- keine Unterwerfung der Mieten unter Bedingungen des freien Wohnungsmarktes (keine kommerzielle Nutzung)
- Gleichstellung in- und ausländischer Studenten
- vergünstigte Unterbringung für Studentinnen mit Kind, Kinderbetreuung, Menschen mit Behinderungen
- verbilligte Tarife für den öffentlichen Nahverkehr am Studienort

- subventionierte Mensaversorgung
- Erweiterung des Bibliotheksangebots (TUD)

AG Stipendium: (Auszüge)

- Der Staat gewährleistet die materielle Sicherheit des Existenzminimums jedes Studenten, unabhängig von seiner

sozialen Herkunft bzw. vom Einkommen seiner Eltern. Hierzu wird jedem Studenten ein Stipendium in Höhe des Existenzminimums gezahlt.

- Für alleinerziehende Mütter/Väter bzw. Studentenehepaare ist eine den Aufwendungen für die Kindererziehung äquivalente finanzielle Zusatzleistung zu zahlen.
- Dieses Stipendium wird nicht besteuert und ist nicht pfändbar.
- Der Realwert des Stipendiums ist durch halbjährlichen Inflationsausgleich zu sichern.
- Zur Erhöhung des Lebensniveaus des Studenten kann dieser freiwillig einen Kredit bis zu einem bestimmten Höchstbetrag zinslos aufnehmen. Kreditgeber ist der Staat.
- Die Rückzahlung ruht im Falle von Arbeitslosigkeit, Kinderbetreuung oder anderweitigen sozialen Belastungen.
- Der Student ist automatisch sozialversichert.

Die Forderungen in KMSI bezüglich der Studienorganisation/Studieninhalte decken sich weitestgehend mit den Resultaten, die bereits an der TUD vorliegen. Die Vorschläge einer künftigen Absolventenverordnung liegen in der Pressestelle aus, sie würden den zur Verfügung stehenden Rahmen sprengen.



Wir fordern nach wir vor subventionierte Wohnheimplätze!

